

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8461

"Schluss mit dem politischen Düngechaos - sauberes Wasser duldet keinen Aufschub!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8461 vom 15.10.2025
2. Beschluss des Plenums 19/8508 vom 16.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 60 vom 16.10.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Schluss mit dem politischen Düngechaos – sauberes Wasser duldet keinen Aufschub!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Bayern konsequent für sauberes Grundwasser zu sorgen.

Die Staatsregierung wird insbesondere aufgefordert zu handeln und

- verbindliche und klare quantitative Reduktionsziele für Nitrat im Grundwasser zu beschließen und deren Einhaltung zu überprüfen,
- für mehr Gewässerschutz unverzüglich ein einfaches Maßnahmenpaket zu erarbeiten, das die Nitratbelastung im Grundwasser nachhaltig messbar senkt,
- landwirtschaftliche Betriebe, die gewässerschonend und ökologisch wirtschaften, fair zu unterstützen und Verursachergerechtigkeit herzustellen.

Die Staatsregierung wird ferner dazu aufgefordert, im Lichte des jüngsten Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zur unzureichenden Umsetzung europäischer Umweltvorgaben

- den Bund aufzufordern, schnellstens ein nationales Nitrataktionsprogramm zu liefern,
- umgehend intensiv auf das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat einzuwirken, um eine gemeinsame Initiative mit dem Bund zur Weiterentwicklung des Düngegesetzes zu ergreifen,
- eine rechtskonforme und wirksame Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie sowie der EU-Wasserrahmenrichtlinie sicherzustellen.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass der Staat verpflichtet ist, die natürlichen Lebensgrundlagen – und damit auch das Grundwasser – wirksam zu schützen und europarechtliche Vorgaben nicht nur formal, sondern materiell umzusetzen. Ein bloßes Fortschreiben unzureichender Maßnahmen genügt dem Verfassungsauftrag nicht.

Das jüngste Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Gewässerschutz verpflichtet die Bundesregierung zur Neuaufstellung eines Nitrataktionsprogramms, um die EU-Wasserrahmenrichtlinie, die EU-Nitratrichtlinie und die Trinkwasserrichtlinie umzusetzen.

Das Grundwasser in Bayern ist zunehmend mit Nitrat belastet. Dies zeigt auch die aktuelle, vorläufige Ausweisung der sogenannten roten Gebiete nach der Ausführungsverordnung zur Düngeverordnung. In der Fläche sind vorläufig mehr Hektar als rotes Gebiet hinzugekommen, als bisherige herausgefallen sind. Dadurch hat sich die Gebietskulisse auf 18,5 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche erweitert – im Vergleich zu 17,1 Prozent im Jahr 2022.

Nach den aktuellen Auswertungen (Zeitraum 2021 - 2024) ist die Zahl der Messstellen der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), an denen Nitratwerte über 37,5 mg/l bzw. 50 mg/l festgestellt wurden, deutlich gestiegen. In Unterfranken wurden die Grenzwerte doppelt so häufig überschritten wie im Zeitraum 2018 - 2020. In der Oberpfalz traten Grenzwertüberschreitungen sechsmal häufiger auf. In Oberbayern kam es zu einer Vervierfachung der Überschreitungen.

Diese Entwicklungen zeigen, dass die bisherigen Maßnahmen der Staatsregierung nicht ausreichen, um die Nitratbelastung nachhaltig zu senken und die Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen.

Cem Özdemir hatte als Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft ein Gesetz zur Änderung des Düngerechts auf den Weg gebracht, das auch eine größere Verursachergerechtigkeit zum Ziel hatte. Diesem Gesetz wurde im Bundesrat vonseiten der Union nicht zugestimmt, es wurde an den Vermittlungsausschuss des Bundesrates verwiesen und aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen nicht mehr abschließend beraten. Zudem hat, in neuer Regierungsverantwortung, Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat Alois Rainer im Alleingang die Stoffstrombilanz abgeschafft, ohne sie durch eine sinnvolle und nachvollziehbare Bilanzierung zu ersetzen.

Jetzt bestätigt sich, wovor viele gewarnt hatten: Die dringend nötige Reform des Düngerechts ist ins Stocken geraten, die Nitratbelastung bleibt zu hoch und Deutschland drohen möglicherweise erneut Vertragsverletzungsverfahren sowie Strafzahlungen aus Brüssel. Gleichzeitig fehlt den Landwirtinnen und Landwirten, die gewässerschonend und ökologisch wirtschaften, weiterhin eine verlässliche Perspektive auf Verursachergerechtigkeit innerhalb eines rechtlich gesicherten Rahmens.

Gleichzeitig ist klar, dass Bayern nur im Rahmen des Bundes- und Europarechts handeln kann. Ein zukunftsfähiger Gewässerschutz verlangt ein klares Zusammenspiel von EU, Bund und Ländern. Dennoch muss Bayern dringend auch selbst aktiv Verantwortung übernehmen, um den Schutz des Grundwassers sicherzustellen. Dazu muss auch das Ziel von 30 Prozent ökologisch bewirtschafteter Fläche bis 2030 endlich auf allen Ebenen konkret unterstützt werden. Die ökologische Landwirtschaft leistet durch eine effiziente Stickstoffnutzung und angepasste Bewirtschaftungsmethoden einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung der Nitratbelastung im Grundwasser. Dies wird durch mehrere wissenschaftliche Studien belegt, insbesondere durch das Thünen-Institut und die Technische Universität München. Dies führt nicht nur zu einer besseren Wasserqualität, sondern auch zu erheblichen Einsparungen bei den Umweltfolgekosten – im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung, der Biodiversität und einer nachhaltigen Landwirtschaft.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/8461

**Schluss mit dem politischen Düngechaos –
sauberes Wasser duldet keinen Aufschub!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Mia Goller

Abg. Ulrike Müller

Abg. Leo Dietz

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Patrick Friedl

Abg. Christin Gmelch

Abg. Dr. Petra Loibl

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Anna Rasehorn

Staatsministerin Michaela Kaniber

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schluss mit dem politischen Düngechaos - sauberes Wasser duldet keinen Aufschub! (Drs. 19/8461)

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort an die Kollegin Mia Goller. Bitte schön.

Mia Goller (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine lieben Damen und Herren, wenn das Bier in Bayern bald sauberer ist als unser Grundwasser, dann müssen wir handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sauberes Wasser ist keine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf von der CSU: Typisch GRÜNE! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Landwirtschaftsbashing ist das!)

Es ist die Grundlage für alles, für Leben, für unsere Landwirtschaft und für unsere Lebensqualität. Sauberes Wasser duldet keinen Aufschub. Das ist kein Slogan, sondern unsere Pflicht, eine Pflicht mit Verfassungsrang. Das Bundesverwaltungsgericht hat unmissverständlich festgestellt, Deutschland und damit auch Bayern schützt unser Grundwasser nicht ausreichend vor Nitrat. In Bayern haben wir heute Regionen, in denen die Nitratwerte dramatisch gestiegen sind. Es gibt sechsmal häufigere Grenzwertüberschreitungen in der Oberpfalz, eine Vervierfachung in Oberbayern und eine Verdoppelung in Unterfranken. Das ist kein Randproblem, das ist ein handfestes Risiko für unsere Trinkwasserversorgung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer will denn ernsthaft, dass Gemeinden Millionen in teure Aufbereitung stecken müssen, weil zu viel Nitrat im Grundwasser ist? Das ist kein Zukunftsbild für Bayern, weder für unsere Kinder noch für den Tourismus. Sauberes Wasser ist Heimatpflege. Wer Bayern liebt, muss es auch unter der Erde schützen. Doch statt klare Ziele zu setzen, herrscht in Berlin und München Düngechaos. Wir brauchen endlich verbindliche Reduktionsziele, ein einfaches Maßnahmenpaket mit messbarem Effekt und Unterstützung für die Landwirtinnen und Landwirte, die sauber arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sage ich ausdrücklich als Sprecherin für Landwirtschaft. Die Bauern sind die Leidtragenden dieser Blockaden. Unter Cem Özdemir lag eine Düngerechtsnovelle auf dem Tisch, ein fairer Vorschlag. Wer sauber wirtschaftet, sollte entlastet werden. Wer übermäßig einträgt, sollte mehr Verantwortung tragen. Das wäre die Verursacher-gerechtigkeit gewesen, um die es uns geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber CDU und CSU haben das im Bundesrat blockiert. Wahlkampf war offenbar wichtiger als die Sachpolitik. Schließlich kam Ihr neuer Minister Rainer. Er kommt aus Niederbayern. Das macht ihn erst mal sehr sympathisch, wie ich finde. Aber das reißt es nicht raus. Rainer bringt keine Lösungen. Er streicht die Tierwohlförderung, statt sie auszubauen. Er schafft die Stoffstrombilanz ab. Er liefert keine Antworten, wie es besser gehen soll. Kein Ersatz, keine Konzepte, keine Perspektiven – nur streichen und abbauen. Wir fragen uns schon: Warum ist Herr Rainer eigentlich Landwirtschaftsminister? Für Bayern gibt es doch eigentlich besseres Personal, fachlich und inhaltlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht geht es der CSU nicht um gute Politik fürs Land, sondern nur um die Partei-posten. Wir GRÜNE wollen dagegen einen klaren Kurs: Sauberes Wasser, gesunde Böden, klare Regeln statt Chaos und faire Unterstützung für alle, die Verantwortung übernehmen. Unser Ziel ist ein Bayern, in dem Landwirtschaft und Wasserschutz zusammengedacht werden. Wir wollen ein Bayern, das seine natürlichen Lebensgrundlagen schützt und Zukunft schafft. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich fordere Sie heute auf: Bekämpfen Sie das Nitrat in unserem Grundwasser mit der gleichen Leidenschaft wie das Tofu-Schnitzel.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sind Sie gegen das Tofu-Schnitzel?)

Meine lieben Damen und Herren, beim Wasser geht es jetzt wirklich um die Wurst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat die Abgeordnete Ulrike Müller von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Liebe Mia, ich schätze dich persönlich sehr als Kollegin. Du weißt doch genauso gut wie wir, dass das Nitrat im Trinkwasser das Ergebnis eines langwierigen Prozesses ist. Es geht halt nicht so schnell. Die Nitratwerte, die wir jetzt haben, kommen teilweise von Einträgen vor 20 oder 30 Jahren. Je nach Beschaffenheit des Bodens und des Grundes kann es enorm lange dauern, bis das abgebaut wird. Wir müssen beides tun. Wir müssen hochwertigste Lebensmittel mit bedarfsgerechter Düngung produzieren, und wir müssen natürlich auch alles tun, um unser Grundwasser zu schützen. Der Antrag bringt uns in keiner Weise weiter. Lass uns mit den Landwirten pragmatisch zusammenarbeiten, damit wir diese Verantwortung auch weiterhin tragen. Unsere Landwirte sind bereit dazu, in die Zukunft zu gehen und Trinkwasser zu schützen. – Das war nur ein Statement.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte schön, Frau Kollegin.

Mia Goller (GRÜNE): Ich glaube, wir sind uns einig – das habe ich heute mehrfach betont –, wir wollen das mit den Landwirtinnen und Landwirten machen. Aber wir wollen Fairness und wir wollen ein gescheites Konzept. Dafür stehen wir hier. Ich habe vorher von der CSU gehört: "Das ist ja wieder typisch die GRÜNEN." Ja, das ist "typisch die GRÜNEN", weil uns das wirklich wichtig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Leo Dietz für die CSU-Fraktion. Sie haben das Wort.

Leo Dietz (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute befassen wir uns wieder einmal mit einem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN. Diesmal trägt er den klangvoller Titel "Schluss mit dem politischen Düngechaos – sauberes Wasser duldet keinen Aufschub!" Allein schon der Titel klingt so, als würde Bayern kurz vor einer Umweltkatastrophe stehen. Und wenn man die Begründung liest, könnte man fast meinen, der Nitrattsunami rolle schon morgen durch unsere Täler. Da wird dramatisiert, alarmiert und suggeriert, aber mit Fakten und seriöser Oppositionsarbeit hat das, mit Verlaub, herzlich wenig zu tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Man könnte auch sagen, viel Getöse, wenig Gehalt, aber dafür ordentlich Futter für die eigene Stammwählerschaft.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Zur Sache!)

– Das überlassen Sie mir! – Meine Damen und Herren, die GRÜNEN behaupten also, das Grundwasser in Bayern sei zunehmend nitratbelastet. Das erkenne man angeblich an der steigenden Zahl von Messstellen, an denen die Nitratwerte über 37,5

oder gar 50 Milligramm pro Liter liegen. Nun, das klingt natürlich dramatisch, wäre es denn auch richtig.

Aber schauen wir uns das Ganze einmal sachlich an: Wenn man mehr Messstellen einrichtet, dann findet man natürlich auch mehr Stellen, an denen Belastung festgestellt wird. Das ist einfache Mathematik, und das hat mit einem Skandal überhaupt nichts zu tun. Mehr Messstellen bedeuten mehr Daten, aber nicht automatisch mehr Nitrat. Gerade weil wir uns Gedanken über das Wasser machen, haben wir mehr Messstellen in Auftrag gegeben, sodass man eine bessere Datengrundlage hat. Aber diese Unterscheidung scheint den GRÜNEN wohl entgangen zu sein. Oder das passt halt einfach nicht in die Erzählung vom bösen Bauern, der angeblich unser Wasser vergiftet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ich weiß, die Versuchung ist groß, aus jedem Sachverhalt eine Schlagzeile zu machen. Aber wir sollten uns hier im Hohen Haus doch an die Fakten halten und nicht an Dramaturgie, Anträge oder Pressemitteilungen.

Das jüngste Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 8. Oktober zum Gewässerschutz hat gezeigt, dass der Bund genauso wie die Länder die europäischen Vorgaben ernst nehmen muss und wir handeln müssen. Das ist gar keine Frage. Dennoch fehlt zu diesem Urteil noch eine Begründung, die dann ordentlich analysiert werden muss und daraus müssen wir unsere Lehren ziehen. Das ist eben der entscheidende Punkt. Wir tun das mit Augenmaß, mit Sachverstand und einem partnerschaftlichen Ansatz. Wir machen das nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, nicht mit Alarmismus, sondern mit Verantwortung und Dialog.

Die Staatsregierung ist sich der Bedeutung des Themas Wasser und speziell der Bedeutung des Themas Nitritbelastung des Grundwassers sehr wohl bewusst. Wir handeln doch schon längst. Ich möchte nur ein paar Stichworte nennen: Der Was-

serpakt Bayern, 2017 geschlossen und 2022 erneuert, bringt Staat, Landwirtschaft, Wasserversorger und Umweltverbände an einen Tisch – freiwillig, partnerschaftlich und praxisnah. Hier geht es um Bodenbedeckung, Zwischenfruchtanbau, Struktur- und Landschaftselemente. Alle diese Maßnahmen wirken.

Als weiterer Aspekt ist die Ausführungsverordnung zur Düngeverordnung zu nennen. Bayern hat sie umgesetzt und damit regionale Schwerpunkte gesetzt. In sogenannten Roten Gebieten gelten besonders strenge Regeln. Meine Damen und Herren, dort wird nicht nur weniger gedüngt, sondern zu bestimmten Zeiten auch gar nicht gedüngt. Und ja, das wird auch kontrolliert.

Schließlich – wir haben es vorhin schon angesprochen – wurde das Messstellennetz auf rund 2.480 Messstellen erweitert. Das ist konsequente, faktenbasierte Umweltpolitik – bayerisch und nicht ideologisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber Düngerecht ist Bundesrecht. Das sollte Ihnen auch bekannt sein. Es ist der Bund, der in diesem Rechtsbereich für eine wirksame Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie sowie der EU-Wasserrahmenrichtlinie verantwortlich ist. Wenn Sie jetzt mit Ihrem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung auffordern wollen, den Bund aufzufordern, ein nationales Nitratationsprogramm zu liefern, sollte Ihnen klar sein, dass die letzte Bundesregierung die Chance gehabt hätte, dieses Nitratationsprogramm zu erstellen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Damals hätten das der genannte Cem Özdemir als Bundeslandwirtschaftsminister und Steffi Lemke als Bundesumweltministerin umsetzen können.

Ich möchte noch kurz zum Thema der Verursachergerechtigkeit sprechen. Es war niemand anderes als Staatsministerin Michaela Kaniber, die wiederholt die Etablierung eines Systems für Verursachergerechtigkeit in Bundesinitiativen und in Schreiben an den Bundesminister Cem Özdemir nicht nur eingefordert, sondern auch aktiv Vor-

schläge unterbreitet hat. Sie hat all die Jahre für mehr Verursachergerechtigkeit im Düngerecht gekämpft, so zum Beispiel im Januar 2023 für freiwillige Kooperationsvereinbarungen zwischen Landwirten und Wasserversorgern. Unterstützt wurde dieser Vorschlag vom Bayerischen Gemeindetag. Der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir hat diesen Vorschlag jedoch zurückgewiesen. Das liegt schriftlich vor. So viel also dazu.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eines klar sagen: Wir alle verfolgen ein gemeinsames Ziel, nämlich sauberes Trinkwasser, unser Lebensmittel Nummer eins auch für die kommenden Generationen. Wir als CSU-Fraktion stehen außerdem dafür, das Ziel des Grundwasserschutzes und das Ziel der Ernährungssicherheit durch hoch qualitative heimische Lebensmittelproduktion gemeinsam zu erreichen. Das bayerische Trinkwasser ist eines der besten der Welt. Das ist wissenschaftlich belegt. Das bestätigen unzählige Tests und Berichte.

Deshalb finde ich es schlicht unerhört, wenn in der heutigen Pressemitteilung der GRÜNEN behauptet wird, die Menschen in Bayern seien in Gefahr. Da schwadroniert die GRÜNEN-Landwirtschaftssprecherin, liebe Frau Goller, von einem angeblichen Risiko für die Bevölkerung. Ehrlich gesagt, ist das sehr weit weg, weiter weg von der Realität kann man kaum argumentieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das ist keine Umweltpolitik. Ich würde sagen, das ist Wahlkampfgetöse. Aber solch wichtige Wahlkämpfe gibt es momentan ja nicht, aber es ist getarnt als Antrag. Es handelt sich um Stimmungsmache statt Fakten, um Angst statt Analyse. Das mag vielleicht für die eigene Wählerklientel reichen, aber für eine seriöse Umweltpolitik in Bayern ganz bestimmt nicht. Deshalb sage ich ganz deutlich: Bayern steht beim Thema Gewässerschutz wie in so vielen anderen Bereichen auch gut da, weil wir handeln, bevor andere fordern. Wir bauen auf Dialog, Vernunft und die

Menschen vor Ort. Wir vertrauen den Menschen vor Ort. Das ist nachhaltiger als jedes grüne Schlagwort und glaubwürdiger als jedes reißerische Antragsdokument.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns also gemeinsam dafür sorgen, dass Bayern auch in Zukunft über die beste Wasserqualität verfügt – mit Herz, Hirn und Handlungsqualität. Lehnen wir deshalb den Antrag der GRÜNEN ab, entscheidend und geschlossen mit einem klaren Bekenntnis zu einer Politik mit Vernunft und ohne Vernebelung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Patrick Friedl für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Leo Dietz, das war jetzt sehr viel obendrüüber, Wortgeklingel und wenig Konkretes. Ich möchte das jetzt gerne mal konkreter haben. Die Fläche der Roten Gebiete in Bayern ist von 17,1 auf 18,2 % gestiegen. Wir haben mehr Messstellen. Die Idee der Messstellen war, dass man genauer weiß, wo die Belastung ist, und sich die Flächen vielleicht reduzieren. Nein, sie haben sich erhöht. Man weiß jetzt, dass die Belastung noch gravierender ist. Wahrscheinlich hat sich die Lage insgesamt verschärft, da es den Klimawandel gibt und die Konzentration von Nitrat im Grundwasser steigt. Davon habe ich jetzt nichts gehört. Sie sagen einfach, ja, wir sind in Bayern vorne dran und wir machen die Dinge, bevor wir aufgefordert werden. Die Nitratrichtlinie der EU ist von 1991. Wir hatten 34 Jahre lang Zeit, um das Problem anzugehen. Ich möchte jetzt konkreter wissen, was getan wird, damit der Anstieg gestoppt wird und man zu einer Verbesserung kommt. Was sind die konkreten Dinge, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Kollege, Ihre Redezeit!

Patrick Friedl (GRÜNE): – um die Nitratbelastung endlich wirksam zu senken?

Leo Dietz (CSU): Herr Kollege, das Problem ist, dass Sie überhaupt niemandem vertrauen. Wenn Sie sagen, die Nitratrichtlinie ist aus dem Jahr 1991, kann ich genau so sagen, die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht wurde 2018 eingereicht. In sieben Jahren ist so unglaublich viel geschehen. Dennoch rekurriert man teilweise auf alte Zahlen. Wenn Sie der Kollegin Müller zugehört haben, wissen Sie, dass die Nitratwerte aus den Jahren vorher stammen. Es handelt sich um langwierige Prozesse. Für den Nitratabbau im Grundwasser wird es nirgendwo ein Programm geben können, das sofort wirkt, weil das nicht funktioniert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich erteile der nächsten Rednerin, Christin Gmelch für die AfD-Fraktion, das Wort. – Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Christin Gmelch (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute debattieren wir über einen Antrag der GRÜNEN, der unter dem hochtrabenden Titel "Schluss mit dem politischen Düngechaos!" angeblich sauberes Wasser fordert. Lassen Sie mich gleich zu Beginn klarstellen: Dieser Antrag ist nichts anderes als ein weiterer Versuch, unsere bayerischen Landwirte mit bürokratischen Fesseln zu knebeln. Sie ächzen bereits heute unter den Auflagen für die Roten und Gelben Gebiete. Wir sagen: Genug ist genug! Unsere Landwirte dürfen nicht zu Sündenböcken für gesamtgesellschaftliche Probleme und grüne Wunschprojektionen gemacht werden.

(Beifall bei der AfD)

Bereits jetzt umfassen die Roten Gebiete 18,5 % der landwirtschaftlichen Fläche in Bayern. Das bedeutet Tausende Hektar, auf denen Landwirte mit Verboten und Einschränkungen kämpfen müssen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit untergraben. Wofür? – Für eine Politik, die von Brüssel diktiert wird und unsere heimische Landwirtschaft

opfert, ohne dass die EU-Kommission je die tatsächlichen Erfolge überprüfen würde. Die GRÜNEN fordern hier sogar noch mehr: verbindliche Reduktionsziele und ein einfaches Maßnahmenpaket, was in der Praxis nur zu weiteren bürokratischen Hürden führt. Unsere Landwirte sind keine Verbrecher, sondern diejenigen, die Bayern ernähren.

Die GRÜNEN tun so, als sei die Landwirtschaft der alleinige Übeltäter bei der Nitratbelastung. Sie tun so, als gäbe es keine anderen Verursacher wie Industrie, Siedlungen oder Kläranlagen. Der Nitratbericht 2024 des Umweltbundesamts bestätigt zudem, dass die Nitratwerte im Grundwasser insgesamt sinken. Nur noch circa ein Viertel der Messstellen überschreitet den Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter. Dies ist eine deutliche Verbesserung gegenüber früheren Jahren. Auch laut dem Bayerischen Bauernverband ist die Nitratbelastung in den letzten Jahren nicht gestiegen, sondern stabil oder rückläufig. Zudem basiert der Antrag der GRÜNEN auf unvollständigen Daten. Bayern hat das Ziel von 1.500 Nitratmessstellen bis Ende 2024 verfehlt. Es sind nur 828 vorhanden, und das oft an falschen Stellen. Wie können wir dann faire Auflagen verhängen?

Die GRÜNEN fordern faire Unterstützung für ökologische Betriebe, was nichts anderes als eine Umverteilung auf Kosten der konventionell wirtschaftenden Landwirte ist. Das ist unredlich. Wir sollten ökologisch und konventionell wirtschaftende Landwirte nicht gegeneinander ausspielen. Stattdessen sollte es um das große Ganze gehen. Die gesamte Gesellschaft profitiert von sauberem Wasser, doch die Rechnung zahlen allein die Bauern. Wir fordern stattdessen weniger Bürokratie, mehr Unterstützung für alle Landwirte und eine Politik, die Bayern stärkt, nicht schwächt.

Einzig die AfD steht an der Seite unserer Bauern gegen grüne Ideologie und EU-Diktate. Es darf nicht sein, dass unsere Landwirte am langen Arm verhungern, während Brüsseler Bürokraten im Porsche zur Arbeit fahren. Diese verkehrte Welt muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Deshalb lehnen wir den vorliegenden Dringlichkeitsantrag entschieden ab.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Dr. Petra Loibl von der CSU-Fraktion vor. Bitte schön.

Dr. Petra Loibl (CSU): Frau Kollegin, Sie haben in Ihren Ausführungen gerade von der Anzahl der Messstellen gesprochen, die Sie nicht als repräsentative Grundlage erachten. Wissen Sie, wie viele Messstellen aktuell nach der weiteren Ausbringung von Messstellen in Bayern vorhanden sind? Nennen Sie mir doch die aktuelle Zahl der Messstellen, die jetzt als Datengrundlage zur Verfügung stehen.

Christin Gmelch (AfD): Ich habe Ihnen gerade gesagt, wie viele es sind.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist falsch!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Nikolaus Kraus für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen und besonders liebe Antragstellerin Mia Goller! Sie hat mit der Aussage begonnen, dass sie fast mehr Vertrauen ins Bier als ins Trinkwasser habe. Hier gebe ich den ernst gemeinten Tipp: Trinke unfiltriertes Kellerbier, dann siehst du nicht einmal mehr, was du trinkst. Setze keine Brille auf und schalte das Licht aus; dann kannst du es auch genießen.

Außerdem hast du gefragt, wie der jetzige Landwirtschaftsminister dazu gekommen ist. Hier stelle ich die Gegenfrage, wie Herr Özdemir oder damals Frau Künast dazu gekommen sind, Bundeslandwirtschaftsminister zu werden. Ich glaube, hier lief auch nicht alles richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der Titel des Dringlichkeitsantrags lautet – wir haben es schon ein paar Mal gehört – "Schluss mit dem politischen Düngechaos – sauberes Wasser duldet keinen Aufschub!" Richtig, Schluss mit dem politischen Düngechaos! Jetzt bin ich wieder bei den zwei genannten Bundeslandwirtschaftsministern. Damals ist vieles nicht richtig gemacht worden, und daran haben wir zum Teil heute noch zu knabbern. Bei der Aussage, sauberes Wasser dulde keinen Aufschub, sind wir uns einig. Wir brauchen sauberes Wasser, aber wir haben auch sauberes Wasser.

Die ersten drei Spiegelstriche – Reduktionsziele für Nitrat, Maßnahmenpaket erarbeiten und Betriebe, die gewässerschonend und ökologisch wirtschaften – sind Wünsche. Lösungen habt ihr selbst nicht, sonst hättet ihr sie gleich präsentiert.

Ich sehe den Antrag leider so, dass er nur gegen die bayerische Landwirtschaft gerichtet ist. Jetzt könnten wir über die Prozente reden, für die die Landwirtschaft verantwortlich ist, aber in der Tat sind es Industrie, Gewerbe, Verkehr, Energiewirtschaft und auch Abwasserwirtschaft. Fragt doch einmal im rot-grünen Rathaus in München, wie es dort mit der Abwasserwirtschaft aussieht. Ich glaube, ihr werdet Überraschungen erleben. Dazu gehört natürlich auch, dass nicht die ganze Fläche landwirtschaftlich bewirtschaftet wird, wobei eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung das Beste für das Grundwasser ist, wenn sie ordnungsgemäß erfolgt. Es gibt Zahlen – ich möchte hier nicht tiefer einsteigen – von Sport- und Golfplätzen. Bitte nicht falsch verstehen, ich vergönne den Menschen diesen Sport, aber ihr könnetet euch auch einmal schlau machen, wie es dort mit der Düngung aussieht und geregelt ist, damit sie ein gutes Grün haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch ist schon angesprochen worden, dass sich der Anteil der Roten Gebiete in der Kulisse vorläufig von 17,1 % auf 18,5 % erhöht hat. Mehr Messstellen waren eine Chance, aber auch ein Risiko. Das war allen bewusst: Wer suchet, der findet. Wenn du nicht zum Doktor gehst, bist du auch nicht krank, außer du merkst es irgendwann

einmal. Wenn du zum Doktor gehst, kannst du eine Diagnose erhalten, mit der man umgehen und wegen der man behandelt werden muss.

Meine Kollegin hat schon ausgeführt, Nitrat baut sich sehr, sehr langsam ab. Aus Erfahrung muss ich sagen: Als ich den Beruf Landwirt in den Achtzigerjahren erlernt habe, ist leider nicht alles richtiggemacht worden, aber ich verteidige das auch, weil es damals Stand der Technik war. Wir alle hier haben den Luxus, vielleicht die erste oder zweite Generation zu sein, seit Menschen auf Erden sind, die Lebensmittel im Überfluss gehabt haben. Die Älteren – falls noch welche im Raum sind – wissen, dass die Landwirtschaft nach dem Krieg den Auftrag hatte, Lebensmittel zu produzieren und die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Deswegen haben wir in der Schule gelernt – Erträge, Grenzerträge und Ertrag vom abnehmenden Ertragszuwachs –, dass Erträge wichtig sind, um die Ernährung sicherzustellen. In der jüngeren Vergangenheit war dies nicht mehr so gewünscht. Vielleicht beginnt nun wieder eine Zeit, in der dies wichtiger wird, als wir es uns vorstellen können.

Natürlich ist es wesentlich, Wasser als unser wichtigstes und gesündestes Lebensmittel zu schützen. Wir schützen es auch. Das dauert lange. Man darf hier nichts überstürzen. Zur Wahrheit gehört aber, dass wir nicht nur Wasser, sondern auch Getreide zur Lebensmittelerzeugung brauchen. Hier komme ich speziell zum Brotgetreide. Ich empfehle euch, euch einmal mit den Müllern und Bäckern darüber zu unterhalten, wie es momentan mit dem bayerischen und deutschen Qualitätsgut aussieht, nämlich miserabel, weil wir die Qualität nicht mehr erfüllen, sodass wir viel Getreide aus Italien importieren müssen, weil die Backqualität nicht mehr gegeben ist. Leider haben wir heuer fast nur Futterqualität geerntet. Natürlich hat auch das Wetter mit dem vielen Regen nicht mitgespielt. Wir müssen aber auch Nahrungsmittel erzeugen. Das ist für uns wichtig.

In der Antragsbegründung beschreiben die GRÜNEN den Traum von 30 % Bio-Fläche in Bayern bis 2030. Jetzt haben wir das Jahr 2025. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir dieses Ziel in den nächsten fünf Jahren nicht erreichen. Warum erreichen

wir es nicht? –Die Politik hatte den Wunsch, aber die Verbraucher spielen nicht mit. Wenn jeder Verbraucher, der beim Volksbegehrten unterschrieben hat, kaufen würde, was er damals unterschrieben hat, wären wir schon viel weiter. Aber wir wissen, dass Nahrungsmittel teurer geworden sind, zum Teil zu Recht. Sie sind nach wie vor günstig bei uns im Land; verhungern muss jetzt keiner, auch wenn sie etwas teurer geworden sind. Aber in den Nachbarländern haben wir zum Teil noch andere Preise, und da wissen wir, wie das geht. – Ich muss ein bisschen auf meine Zeit schauen. – Aber auch Biopflanzen müssen bezahlt werden. Das wissen Sie auch. Die brauchen auch Nahrung. Die kleinen Bilderbuchbauernhöfe mit einem geschlossenen Kreislauf, mit ein paar Hühnern, ein paar Sauen, ein paar Rindern gibt es leider nicht mehr.

Wir sind uns durchaus der Tatsache bewusst, dass Nitrat ein Problem ist. Wir sind aber dabei. Wir sind auf dem richtigen Weg und lehnen den Antrag ab.

Frau Kollegin, bitte mehr Sachlichkeit und nicht nur immer einfach auf die Bauern losgehen! Das haben unsere Bauern wirklich nicht verdient; denn sie erzeugen unsere Lebensmittel, und das ist wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte am Rednerpult bleiben! Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Patrick Friedl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Kraus, Sie können ja noch einmal nachlesen, zu den Bauern habe ich nur positive Aussagen von meiner Kollegin Goller gehört. Aber jetzt zum Thema.

Wir reden über Nitrat im Grundwasser. Das ist kein abstraktes Problem. Das ist tatsächlich ein Problem für unsere Trinkwasserversorgung. Wenn die Trinkwasserversorgung bei uns nicht so herausragend wäre, wäre es ein echtes Gesundheitsrisiko für die Nutzer:innen, die Verbraucher:innen. Deswegen die Frage: Was bieten Sie

denn an, was machen Sie denn, was sind denn Ihre konkreten Maßnahmen, um die Trinkwasserversorger da zu unterstützen? – Die Zahl der Trinkwasserversorger, die ihr Wasser aufbereiten müssen, steigt. Auch ohne Messstellen hätten wir aufgrund der reinen Testungen, die nötig sind, natürlich erheblich steigende Aufwendungen wegen des Nitrats. Wieso ist das so, und was ist Ihre Maßnahme dazu? – Im Moment kann ich nicht erkennen, dass es besser wird.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Ich gehe davon aus, dass auch Sie nicht alle Zahlen der Trinkwasserversorger vorliegen haben. Ich habe auch nicht alle Zahlen der Trinkwasserversorger; denn dieses Messstellennetz bezieht sich nicht unbedingt nur auf das Trinkwasser, sondern auch auf das Unterstützungsnetz und alles. Ich weiß, dass es Nachbargemeinden gibt, in denen aufbereitet wird. Uns ist durchaus bewusst, dass es unter den Bauern, den Landwirten schwarze Schafe gibt. Da muss man handeln.

Jetzt bleiben wir wieder in der Stadt München. Woher kommt das Trinkwasser? – Aus dem Süden, von Isar, Mangfall, Loisach. Das Wasserschutzgebiet wäre jetzt ein extra Thema, über das man reden könnte. Aber dort, wo dann geplant war, dass nicht einmal mehr Weidewirtschaft möglich sein sollte – also das, was normalerweise in eurem Sinne der Landwirtschaft wäre –, hat die Landwirtschaft aufgrund des großen Durstes der Landeshauptstadt München wirklich massive Probleme. Wenn das Wasser nicht so gut wäre, wie es momentan ist, würden sie es von dort nicht holen, trotz der Landwirtschaft.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Zeit!

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Bei den Wasserwerken bei uns, mit denen ich in Kontakt bin, sind die Werte gut. Um die schwarzen Schafe muss man sich mit allen Möglichkeiten kümmern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Redezeit ist um. – Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Anna Rasehorn für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Ich darf hier Ruth Müller vertreten. Wir als SPD teilen das Anliegen ausdrücklich. Sauberes Wasser duldet keinen Aufschub. Mit dem Ziel haben wir in der Ampelkoalition im Juni 2024 das neue Düngegesetz verabschiedet. Es sollte europäisches Recht und unsere Zusagen an die EU umsetzen, mehr Umweltschutz und sauberes Wasser zu schaffen, das Düngerecht für Landwirt:innen praktikabler zu gestalten und Voraussetzungen für Verursachergerechtigkeit zu schaffen. Im Juli 2024 lehnte der Bundesrat das Düngegesetz ab. Die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss scheiterten an der Union. Jetzt hat unser Bundeslandwirtschaftsminister sogar die Pflicht zur Dokumentation von Nährstoffströmen abgeschafft. Die Antwort aus dem Bundesverwaltungsgericht kam prompt. Auch Deutschland und die Union müssen sich an europarechtliche Vorgaben halten, nicht nur formal, sondern auch materiell. Deswegen unterstützen wir die Forderungen der GRÜNEN weitestgehend.

Wir haben nur ein Problem in Bayern: Wenn wir über Nitrat und Grundwasser reden, müssen wir auch über die Grundlage jeder Maßnahme sprechen, und das sind die Messstellen. Ohne Messstellen agieren wir eigentlich blind, und da haben wir seit Jahren immer dasselbe Problem: Die Datengrundlage ist löchrig wie ein Schweizer Käse. Wir haben in Bayern Regionen, in denen Messstellen dicht beieinander liegen und wir sehr genau sagen können, wie das Nitrat verläuft, und andere Regionen, in denen kilometerweit keine Messstelle existiert. Das ist keine solide Basis für Entscheidungen. Genau deshalb haben wir als SPD zusammen mit den GRÜNEN immer wieder zu Initiativen aufgerufen und darauf gedrängt, das Messstellenetz engmaschiger zu machen und zu reformieren. Wir haben mehr Transparenz, mehr Gleichmäßigkeit, mehr Nachvollziehbarkeit gefordert.

Meine Kollegin Ruth Müller – das soll ich hier ausrichten – hat vor ein paar Monaten nach dem aktuellen Stand gefragt. Der ist ernüchternd. Es gibt zwar 1.500 Messstellen, aber die Staatsregierung konnte immer noch nicht klarstellen, wie sie verteilt sind und wie sie funktionieren. Deswegen sagen wir, das muss deutlich besser werden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Da gibt es Karten!)

– Ja, allerdings sind manche einfach Kilometer voneinander entfernt. – Deswegen wollen wir darauf hinweisen, dass Minister Aiwanger 2018 von 10.000 Messstellen gesprochen hat. Wir wissen, es sind immer große Versprechungen unseres Wirtschaftsministers. Er hat auch gesagt, dass viele Ratten für die hohen Nitratwerte zuständig seien. Wir haben nachgefragt. Das Umweltministerium hat gesagt, kein einziger Wert sei zu hoch gewesen, weil abgesoffene Ratten dagewesen wären. Aber gut, das ist nur eine Nebensache. – Wir unterstützen den Antrag auf jeden Fall und sagen vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die Staatsregierung hat noch Staatsministerin Michaela Kaniber um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, herzlichen Dank für diesen Antrag; denn entlarvender könnte ein Antrag heute gar nicht sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wo waren Sie denn bitte in den letzten Jahren? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte tatsächlich Zeit von 2021 bis 2025, um mit den beiden Ministern Özdemir und Lemke ein nationales Nitratationsprogramm zu schreiben. Haben Sie ein nationales Nitratationsprogramm erstellt? – Nein. Was wurde eigentlich aus dem Versprechen der ehemaligen Bundes-

regierung, unverzüglich in enger Abstimmung mit der EU-Kommission ein robustes, rechtssicheres, vollzugstaugliches und auf kontrollierbaren Daten beruhendes System zu entwickeln, damit genau die Betriebe, die gewässerschonend arbeiten, dann auch entlastet werden können? – Nichts, null, niente.

Ich möchte jetzt noch einmal sehr deutlich werden; denn es gab ausdrücklich eine Protokollerklärung einer Agrarministerkonferenz. Nein, das stimmt nicht, das war sogar im Bundesrat. In der Protokollerklärung hat es geheißen, dass es auch tatsächlich eine gesetzliche Grundlage dafür geben wird, dass genau die Betriebe von den Auflagen der Düngeverordnung befreit werden, wenn einzelbetriebliche Daten geschaffen und offengelegt werden. Diese Protokollerklärung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde von Özdemir nie umgesetzt. Damit wurden nicht nur die Länder, die dieser Ausführungsverordnung zugestimmt haben, sondern vor allem auch die Bauern auf eine ganz brutale Art und Weise getäuscht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss auch sagen, die GRÜNEN hatten Zeit, diese Verursachergerechtigkeit in den Mittelpunkt zu stellen. Deswegen bin ich schon sehr überrascht. Sie schreiben jetzt genau diesen Antrag. Wissen Sie was? – Genau das, was alles darinsteht, waren eins zu eins die bayerischen Forderungen an Ihren Bundesminister.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Eins zu eins waren das die Forderungen, aber bedauerlicherweise wurde eben gar nichts umgesetzt. Ich möchte noch einmal sehr deutlich werden. Genau dieses kooperative Arbeiten unserer bayerischen Bauern – –

(Toni Schuberl (GRÜNE): Werden Sie dann zustimmen?)

– Erst hören, dann stören.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Genau diese Kooperationsvereinbarung mit den Wasserversorgern hätte gezeigt, dass wir hier die Möglichkeit gehabt hätten, mit Maßnahmen, die gut wirken, am Ende des Tages auch die Bauern zu entlasten. Das ist alles nicht passiert. Und Sie trauen sich jetzt tatsächlich nach dreieinhalb Jahren Ampel genau so einen Antrag zu stellen, wo Sie doch immer in der Gestaltungshoheit waren. Sie wollten hier gar nicht unterstützend eingreifen.

Liebe Kollegin Goller, ich möchte da einmal sehr deutlich werden, weil Sie vorhin gesagt haben, na ja, die Union habe dann nicht zugestimmt vor Weihnachten. – Ich sage Ihnen, warum wir nicht zugestimmt haben. Es ging nämlich damals im Vermittlungsausschuss explizit auch darum, dass man Entlastungen von Bürokratie schafft. Da hätten wir auch ganz klar die Möglichkeit gehabt, die Ermächtigungsgrundlage für die Stoffstrombilanz zu streichen. Das wollten die GRÜNEN auf Bundesebene nicht. Das war der Grund, warum wir am Ende des Tages nicht zugestimmt haben. Das Gesamtpaket wäre nicht gut gewesen. Weitere Bürokratie wäre aufgebaut worden.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Warum gab es dann keinen Änderungsantrag?)

– Ohne Worte, ohne Worte, ohne Worte. – Mit den GRÜNEN war kein Konsens absehbar. Deswegen haben wir dem Ganzen nicht zugestimmt. Sie wollten eine maximale Daumenschraube für die Bauern und weitere Bürokratie. Das war mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Wissen Sie, was mich am meisten schmerzt? – Wenn man sieht, was in den letzten Jahren im Bund an Agrarpolitik passiert ist, stellt man fest, dass bei Ihnen überhaupt kein Lernprozess stattfindet. Sie geben den Landwirten in Bayern überhaupt keine Anerkennung für die harte Arbeit, die geleistet wurde.

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Sie brauchen gar nicht zu lachen, ehrlich gesagt finde ich das beschämend. – Auf Bundesebene haben Sie an die Europäische Kommission gemeldet, dass die Tierbestände enorm gesunken sind. Weiter haben Sie gemeldet, dass die ausgebrachte Düngemenge beim mineralischen Dünger gesunken ist und die Ökoflächen in Deutschland zugenommen haben. Jetzt muss ich schon einmal nachfragen, ob Sie am Morgen, wenn Sie aufwachen und die Augen öffnen, die Realität sehen oder einfach in Ihrer grünen Ideologie hängen bleiben. So kann das nicht sein.

(Beifall bei der CSU)

Liebe GRÜNE, ich glaube, dass Sie das System des Messstellenausbau überhaupt nicht verstanden haben. Ich darf an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich werden und die Zahlen nennen. Leider ist die Kollegin von der AfD, die angeblich Landwirtin ist, nicht anwesend. Sie hätte gut zuhören können, um ein bisschen was zu lernen.

(Widerspruch bei der AfD)

Liebe Kollegin Goller, hätten Sie das Umweltministerium gefragt, um eine Einordnung zu der Zahl der Messstellen zu bekommen, wäre die Antwort sehr deutlich gewesen. Aus der Anzahl der Messstellen mit Nitratgrenzwertüberschreitungen kann nicht auf das Ausmaß der Nitratbelastung des Grundwassers rückgeschlossen werden. Für eine zunehmende Nitratbelastung des Grundwassers liegen keine Indizien vor, weil es sich um eine Neuaufnahme handelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war ausdrücklich der Wunsch der bayerischen Bauernschaft, dass man dieses Messstellennetz ausbaut. Das haben das Wasserwirtschaftsamt und die Umweltverwaltung umgesetzt. In kürzester Zeit wurden die Ausweismessstellen von 685 auf 1.645 massiv ausgebaut. In Summe gibt es mit den Stützmessstellen über 2.400 relevante Messstellen. Ich finde, wenn es gut läuft und man etwas voranbringt, gehört dies an so einem Tag auch einmal gesagt. Ich vermisste das Lob.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Goller, ich vermisste das Lob an die bayerische Bauernschaft. Sie sagen nämlich mit keinem Wort, dass 200.000 Hektar aus der roten Kulisse herausfallen werden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch der Abgeordneten Mia Goller (GRÜNE))

Warum loben Sie die Bauern nicht für diesen harten Prozess, den sie über Jahre hinweg sehr gut gemeistert haben?

Es liegt in der DNA der Staatsregierung, sich gemeinsam mit den Bauern nach vorne zu bewegen. Wir werden in Kürze wieder Beratungsveranstaltungen durchführen. Wir werden die Bauernschaft informieren, wie wir den weiteren Weg des Schützens gemeinsam gehen. Die permanente Stigmatisierung und das Fingerzeigen der GRÜNEN kann keiner gebrauchen.

Ich möchte abschließend noch einmal sehr deutlich werden: Wir werden die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 8. Oktober genau analysieren. Wir werden uns nicht wie die GRÜNEN auf eine Pressemitteilung stützen, sondern wollen genau wissen, wie die tatsächliche Urteilsbegründung lautet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Dringlichkeitsantrag zeigt einmal mehr, man versucht von den Versäumnissen der Ampel abzulenken. Deswegen ist dieser Antrag klar abzulehnen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Patrick Friedl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Patrick Friedl (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin Kaniber, mir ist wieder einmal entgangen, was Sie konkret umsetzen. Sie sprechen vom nationalen Aktionsplan. Der Frei-

staat Bayern ist mit einem hohen Selbstbewusstsein immer ganz vorne dabei. Wo ist der bayerische Aktionsplan? Ich habe es gesagt: Seit dem Jahr 1991 liegt die EU-Richtlinie vor.

Sie haben aufgezählt, wer Verantwortung hatte. Horst Seehofer, Ilse Aigner, Hans-Peter Friedrich, Christian Schmidt, Julia Klöckner – was ist zu deren Zeit passiert? Die heutige Problemlage müsste doch längst gelöst sein. Was sagen Sie zu Herrn Rainer und der Nährstoffbilanz? Wieso befürworten Sie das? Wann kommen die Messstellen? – Ich habe Daten über 588 Messstellen im Jahr 2021, 685 im Jahr 2022 und 830 Ende des Jahres 2025. Ich kann Ihre Zahlen nicht nachvollziehen. 1.500 sollten es werden. Wo befinden sich diese?

(Widerspruch bei der CSU – Staatsministerin Michaela Kaniber: Sensationell!)

Sie haben gesagt, dass Sie eins zu eins die gleiche Forderung an die Ampel-Regierung gestellt haben. Warum lehnen Sie dann den vorliegenden Antrag ab?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Patrick Friedl (GRÜNE): Ich denke, es wäre an der Zeit, dass wir hier an einem Strang ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Ich bin zutiefst beeindruckt, dass Mia Goller die Rede hält und Sie immer die Fragen stellen müssen, die mit Verlaub total am Thema vorbeigehen. Man sieht, dass Sie überhaupt nichts verstanden haben. Sie sollten vielleicht weniger grüne Parteibuchliteratur und mehr Pressemitteilungen des Umwelt- oder Landwirtschaftsministeriums lesen.

(Widerspruch der Abgeordneten Sanne Kurz (GRÜNE) – Unruhe)

Wir haben das Messstellennetz ausgebaut. Sie haben offenbar nach wie vor die falschen Zahlen, Herr Friedl. Sie können auch nicht sagen, dass wir nichts getan hätten. Der beste Beweis dafür ist, dass die Düngeverordnung in der Schärfe, in der sie besteht, Wirkung zeigt. Warum sagen die GRÜNEN nicht ein einziges Mal: Wow! Wir haben eine derart scharfe Düngeverordnung, dass 200.000 Hektar aus der roten Kulisse herausfallen werden. – Können Sie sich einmal dazu überwinden, Ihr Feindbild der bayerischen Agrarwirtschaft abzulegen? Das wäre sehr wünschenswert.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN – Toni Schuberl (GRÜNE):
Was macht ihr konkret?)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/8461 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.